

WIR SIND DIE ZUKUNFT



NEWSLETTER Nr. 6/2019 "Wir sind die Zukunft"
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- Infos aus dem KJHA vom 21.05.2019
- Fest der Kulturen
- Jugendfilmwettbewerb – „Deinblick in die Natur 2019“
- Veranstaltungstipps
- Veranstaltungsplanung 2019/2020
- Impressum

INFOS AUS DEM KJHA VOM 21.05.2019

Gemeinsame Sitzung von Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Kinder- und Jugendhilfeaus- schuss

Kulturelle Bildung und Teilhabe fördern – Fortschreibung der Konzeption Kulturelle Bildung für München

In der gemeinsamen Sitzung von Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Kinder- und Jugendhilfeaus-
schuss gab Kulturreferent Hans-Georg Küppers zunächst eine Einführung. Er zeigte sich er-
freut, dass die erste Konzeption aus dem Jahr 2009 nun fortgeschrieben wird. Neue, wichtige

Impulse wie Inklusion, Geschlechterorientierung, Medienkompetenz, internationale Zusammenarbeit, Raumknappheit (inkl. öffentlicher Raum) und Nachhaltigkeit seien aufgenommen worden. Es sei schon vieles bei der Verschränkung von Kunst, Sozialem und Bildung erreicht worden, die Basis der Akteurinnen und Akteure sei sehr breit und es gebe eine gute Zusammenarbeit im Koordinationsforum (KOFO). Er betonte die Wertigkeit der gemeinsamen Internetplattform „Musenkuss“ und dankte für den breiten politischen Konsens in diesem Themenfeld. In diesem Zusammenhang wünschte sich Küppers aber noch mehr Engagement der Landesebene.

StRin Sabine Krieger (Die Grünen) dankte für das gute Konzept und wies auf die neue Zielgruppe der Senioren und Seniorinnen hin, insgesamt gehe alles in die richtige Richtung. Sie stellte eine Nachfrage zu den angekündigten weiteren Beschlüssen und bat um Ideen aus dem Kulturreferat.

StR Haimo Liebich (SPD) verwies auf die lange Tradition der Stadt im Bereich der Bildung. Das Thema Kulturelle Bildung sei für die Stadt Auftrag und Verpflichtung. Die neue, umfassende Konzeption verfolge einen ganzheitlichen Ansatz und den Abbau von Barrieren vielfältiger Art. Die Schwerpunkte lägen bei Qualifizierung und Dezentralität. Er verwies auch auf die Anträge seiner Fraktion zur Jugendkultur in den letzten Wochen. Beim Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule sind, seiner Aussage nach, noch mehr gemeinsame Ansätze möglich. Die Strukturen auf der Landesebene seien nicht gut mitgewachsen. Auch Liebich bedauerte, dass in der Vorlage finanzielle Planungen für konkrete Vorhaben fehlten. Eine weitere Nachfrage stellte er bezüglich der Einbindung des Konzepts in die Leitlinie Kultur im städtischen System der Perspektive München.

StRin Beatrix Burkhardt berichtete von ihren Erfahrungen im KOFO. Die Kommunikation der drei tragenden Referate (Kultur, Bildung und Soziales) könne natürlich noch besser werden, sie habe sich in den letzten Jahren aber bereits verbessert. Auch sie plädierte für eine generationsübergreifende Arbeit in der Kulturellen Bildung. Die Frage der Finanzen erschien auch ihr eher unklar. Sie bat in dem Zusammenhang um eine konkrete Konzeption.

StRin Anja Berger (Grüne) bat um die Berücksichtigung des Gender-Budgeting bei den weiteren Planungen. Es sei sinnvoll, das bei der weiteren Arbeit gleich mitzunehmen.

Sabine Kellig (Gleichstellungsstelle) lobte die Konzeption im Hinblick auf die Themen Teilhabe und Verhinderung von Ausschluss. Sie bot beim Gender-Budgeting die Mitarbeit ihrer Stelle an.

Uli Gläss (Münchner Trichter) lobte den kooperativen, partizipativen Prozess der Erarbeitung des Konzepts. In den letzten drei Jahren sei ein großes Ganzes entstanden. Es stelle sich nun die Frage, wie es weiter geht. Er wünschte sich dazu die weitere Einbeziehung der Akteurinnen und Akteure aus dem Arbeitsfeld. Er appellierte dafür, abseits vom KOFO weiter an dem Konzept zu arbeiten und insbesondere die internationale Arbeit auszubauen. Auch dürfe man die Jugend als Zielgruppe nicht vergessen.

Cetin Oraner (Linke) betonte die Wichtigkeit von Integration. Die sei ohne kulturelle Teilhabe nicht möglich. Hier sei die Förderung in der Vergangenheit nicht ausreichend gewesen. Gera-

de bei Migranten und Migrantinnen sei es nicht zielführend, die Integration auf Teilnahme am Arbeitsmarkt oder den Schulbesuch zu reduzieren.

Dr. Küppers beantwortete einige der Fragen: Im Referat seien für den Haushalt 2021 zahlreiche konkrete Ideen vorgesehen. Die Leitlinie Kultur sei bisher nicht offiziell verabschiedet, das werde aber nachgeholt. Gender-Budgeting sei bereits angelegt und werde entwickelt. Der Gesamtprozess werde partizipativ fortgeführt, möglich wäre dabei auch eine Weiterentwicklung des KOFO.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Gemeinsame Sitzung von Bildungs-, Bau- und Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Schulbauoffensive 2013 - 2030

In der gemeinsamen Sitzung von Bildungs-, Bau- und Kinder- und Jugendhilfeausschuss gab Stadtschulrätin Beatrix Zurek zunächst eine Übersicht zu den verschiedenen Bauprogrammen der Stadt. 2017 bis 2040 sei eine Zunahme der 6- bis 18-Jährigen um 27 Prozent zu erwarten. Dies entspricht ca. 40.000 jungen Menschen. Frau Benz (RBS) und Iris Lembke (Baureferat) stellten daraufhin die gemeinsame Präsentation vor. Der Baupreis-Index habe sich allein von Mai 2017 bis Oktober 2018 um 6,7 Prozent erhöht, Bauen werde immer teurer.

StRin Verena Dietl (SPD) zeigte sich beeindruckt von den Leistungen und dankte für die Anstrengungen. Die Zusammenarbeit in der Verwaltung verdiene hohe Anerkennung. Die Vorlage sei auch eine gute Informationsquelle bei Anfragen örtlicher Interessenvertretungen. Die Schwerpunktsetzung bei den Grundschulen lobte sie ausdrücklich. Die benannten Kostensteigerungen seien nachvollziehbar.

StRin Beatrix Burkhardt dankte insbesondere für die Mühe bei der Abstimmung der verschiedenen Bedarfe vor Ort. Es seien immer flexible Lösungen gefunden worden.

StRin Sabine Krieger (Grüne) dankte ebenfalls für die flexible Planung. Sie nannte aber auch einige Kritikpunkte, so sei z.B. dem Antrag ihrer Fraktion zum Neubau des Hausenstein-Gymnasiums als Klimaschule mit Grünflächen auf dem Dach, Fahrradabstellplätzen im Keller, Fassadenbegrünung und Holzbauweise nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Sie kündigte an, den Antrag aufrechtzuerhalten. Unzufrieden zeigte sie sich auch bei den Baumbestandsplänen und nannten sie ein Beispiel für verlorene Gestaltungsmöglichkeiten des Stadtrates bei einer generellen Planung durch die Referate. Der Antrag der Grünen dazu sei in der Vorlage nicht behandelt worden.

Frau Benz informierte, dass das Konzept für die beruflichen Schulen derzeit im RBS überarbeitet werde, um es im Herbst im Stadtrat vorzustellen. Auch das angemahnte Konzept für die Stadtteilkulturzentren sei in Vorbereitung.

Beatrix Zurek ergänzte, dass alle Bedarfe – beispielsweise der Wunsch nach Versammlungsstätten in den Schulneubauten – ernst genommen und nach Möglichkeit umgesetzt würden.

Das Baureferat legte seine Position zur Klimaschule und zum Antrag der Grünen dar: man habe dem Antrag soweit wie wirtschaftlich möglich entsprochen.

Gemeinsame Sitzung von Bildungs- und Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Beitragsentlastung für die Kindertagesbetreuung ab September 2019 – finanzielle Regelungen, insbesondere für die Münchner Eltern-Kind-Initiativen im EKI-Fördermodell

StRin Verena Dietl (SPD) stellte die bisherigen Anstrengungen der Stadt zur Beitragssenkung für Eltern nochmals dar und freute sich, dass man nun mit den 100 Euro des Freistaats das Vorhaben umsetzen könne, die Kitas ganz kostenfrei zu stellen. Zwar gelte die Kostenfreiheit nicht für alle Kitas, da bei bestimmten Rahmenbedingungen die Kostenfreiheit nicht möglich sei. Die Lösung für die Eltern-Kind-Initiativen (EKIs) sei nun aber auf einem guten Weg. Private Träger, die nicht in der Münchner Förderformel sind, könnten bisher noch nicht teilnehmen. Dieses Thema werde aber auf der Agenda bleiben.

StR Sebastian Weisenburger (Grüne) erklärte, dass heute ein guter Tag für viele Eltern und Kinder in München sei. Es gebe einen fraktionsübergreifenden Konsens in der Frage der Kostenfreiheit der Kitas. Er stellte einen Änderungsantrag seiner Fraktion vor.

StRin Beatrix Burkhard (CSU) erklärte, es handle sich um eine gute Neuregelung. Private Träger hätten über die Presse aber bereits ein gerichtliches Vorgehen gegen den Beschluss angekündigt. Man werde sehen, ob das zum Erfolg führe. Die Einbeziehung der EKIs bezeichnete sie als guten Weg. Den Antrag der Grünen auf Einrichtung einer Begleitkommission sah sie skeptisch.

Sabine Lindau (Innere Mission) begrüßte für den federführenden Wohlfahrtsverband die finanziellen Entlastungen der Eltern und stellte einen Änderungsantrag der Verbände vor.

StR Tobias Ruff (ÖDP) wies darauf hin, dass seiner Kenntnis nach immer noch 19 EKIs durchs Raster fielen und fragte nach einer Lösung.

Elsbeth Hülsmann (DPWV) zeigte sich skeptisch gegenüber den Auswirkungen der Reform auf die Qualität, die man erst später zu sehen bekommen werde. Die Buchungszeiten der Eltern würden voraussichtlich zunehmen, das erforderliche Personal werde aber nach wie vor nicht leicht zu bekommen sein. Sie machte einen Änderungsvorschlag zum Antrag der Grünen. Danach sollte es nur noch einmal möglich sein, die Fördersystematik zu wechseln, um „Rosinenpickerei“ zu vermeiden.

StR Christian Müller (SPD) erklärte zu den EKIs, dass man nicht bei allen Themen für diese Vorlage eine Übereinkunft erzielen konnte. Manche Themen müssten in Folge noch geklärt werden. Das im Antrag der Grünen angesprochene Thema der Mietkosten solle beispielsweise aufgegriffen werden, aber heute nicht auf die Schnelle für die EKIs exklusiv beschlossen werden. Auch die Träger mit Förderformel hätten hier zum Teil Probleme, man müsse aber die finanziellen Auswirkungen kennen, bevor man einen Beschluss fasse. Die Einrichtung einer

Begleitkommission und eine externe Begleitung bei der Evaluation werde seine Fraktion ebenfalls ablehnen.

Stadtschulrätin Beatrix Zurek berichtete über Zuspruch und Neueintritte in die Förderformel. Heute würden hohe Beträge beschlossen, sie wolle dem Stadtrat ihren Dank dafür aussprechen. Die Kommunikation der Kita-Strukturen und -Regelungen zu den Eltern könne trotz vieler guter Instrumente noch verbessert werden.

Änderung der städtischen Kindertageseinrichtungssatzung, der städtischen Tagesheimsatzung und Neufassung der städtischen Kindertageseinrichtungsgebührensatzung

Hier gab es lediglich Nachfragen von StR Weisenburger zu einigen Details. Elsbeth Hülsmann erklärte nochmals, sie habe keine Luftbuchungen der Eltern unterstellt, es sei wegen dem Wegfall der Kosten einfach mit höherer Inanspruchnahme der Betreuungszeiten zu rechnen. Beatrix Zurek ergänzte, dass das Thema Buchungszeiten bereits jetzt wegen der damit zusammenhängenden Förderung genau betrachtet werde.

Erweiterung der Richtlinien zum Träger-Auswahlverfahren für Kitas

StRin Jutta Koller (Grüne) erklärte, dass die Bedingung zum Vorhalten von Ersatzpersonal für kleine Träger schwierig sei.

Sabine Lindau fand die 6-monatige Sperre für weitere Bewerbungen problematisch. Auch die Auslastung sei als Kriterium nicht klar formuliert. Sie bat für die Wohlfahrtsverbände um einen Erfahrungsbericht nach zwölf Monaten.

Dr. Susanne Herrmann erklärte, dass das Personalmanagement ihrer Meinung nach bei kleinen Trägern nicht so schwierig sei wie bei großen. Bei der Auslastung sei der Durchschnitt aller Betriebsträger zu verstehen.

Geplante Beschlüsse für das 2. Halbjahr 2019 mit finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt 2020

In einer Bekanntgabe in der gemeinsamer Sitzung von KJHA und Sozialausschuss wurden sehr ausführlich die von der Verwaltung geplanten Beschlüsse mit finanzieller Auswirkung dargestellt.

StRin Jutta Koller übte zunächst Kritik an der Planung der verschiedenen Ausschüsse. Heute habe man sehr viele wichtige Themen zu behandeln, die letzte Sitzung habe dagegen nur 15 Minuten gedauert. Sie bat darum, die Themen besser auf die verschiedenen Termine zu verteilen, damit man angemessen beraten und entscheiden könne.

Zur Sache erklärte sie, dass in den Unterlagen ein evtl. höher beantragter Zuschuss des Trägers nicht sichtbar sei. Dies sei früher in der ZND (Zuschussnehmerdatei) möglich gewesen. Die einzelnen Anträge und Themen seien nicht sichtbar. Die Neuregelung des Haushaltsverfahrens habe nicht zu mehr Transparenz geführt.

StR Müller begrüßte die Übersicht zu den Anmeldungen in der vorliegenden Form. Das Verfahren sei auch für die Träger fair und verschaffe eine Übersicht. Die Benennung von Schwerpunkten durch das Referat sah er sehr positiv.

Elsbeth Hülsmann dankte für die Berücksichtigung vieler Anliegen ihrer Mitgliedsorganisationen. Bei einigen Vorschlägen sah sie das Thema Subsidiarität berührt. Es sei nicht klar, warum die Stellen städtischer Bediensteter bei einzelnen Projekten aufgestockt würden und die Projekte nicht an freie Träger gingen.

Beatrix Burkhardt dankt für die Korrekturen im Nachtrag und stellte eine Nachfrage zum Festspielhaus Ramersdorf.

Sabine Kellig (Gleichstellungsstelle) fragte nach zwei Projekten aus dem Aktionsplan Gendergerechtigkeit, die nicht in der Liste enthalten seien.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy erklärte, die Vorbereitung des Eckdatenbeschlusses in der Form sei eine Vorgabe aus der Kämmerei. Manche kleinere Projekte seien im sogenannten Sammelbeschluss „versteckt“, dieser gelte auch für weitere angefragte Themen.

Petition zum Bau einer Kindertagesstätte an der Wilhelm-Kuhnert-Straße 14

Sebastian Weisenburger informierte sich zur Historie des Grundstücks, das für das Projekt „Wohnen für alle“ vorgesehen war, nun solle dort, ohne weitere Aussage dazu in der Vorlage, eine Kita entstehen.

Bürgermeisterin Christine Strobl antwortete direkt, dass zuerst eine Kita geplant gewesen sei, dann seien die Überlegungen zum „Wohnen für alle“ dazu gekommen. Nun wolle man doch wieder eine Kita.

Beatrix Zurek ergänzte, dass aufgrund des Bedarfs im Stadtviertel nun doch ein Modellprojekt einer Kita ohne ausreichende Freiflächen geplant werde. Die Realisierung sei durch die benachbarten Flächen in den Isarauen möglich.

Errichtung einer Städtischen Fachschule für Grundschulkindbetreuung an der Städtischen Fachakademie für Sozialpädagogik

Jutta Koller bezeichnete die Ausbildung als unbedingt notwendig. Mit dem Rechtsanspruch auf Schulkindbetreuung werde sich der Notstand bei den Fachkräften verschärfen. Der Ansatz sei also grundsätzlich gut, die Beschränkung der Anerkennung der Berufsausbildung in Bayern sei aber schwierig. Sie fragte nach, ob es eine Anschlussfähigkeit gebe.

Dr. Susanne Herrmann (RBS) gab die Antwort, dass das KUMI noch an den konkreten Regelungen arbeite, man könne die Frage deshalb noch nicht beantworten.

Auf Nachfrage von Stefanie Lux (KJR) erwiderte Herrmann, dass die Stellen zunächst nur für den städtischen Kita-Träger vorgesehen seien, eine Ausweitung auf die freien Träger werde geprüft.

Anerkennung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung KinderReich gGmbH als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII

Elsbeth Hülsmann fragte nach, warum die LHM diese Anerkennung macht. Ihrer Kenntnis nach sei dieser Träger bundesweit tätig, damit sei eigentlich das Bundesministerium für die Anerkennung zuständig. Sozialreferentin Schiwy zog die Vorlage daraufhin zurück und erklärte, man werde das prüfen.

Ohne weitere Diskussion wurde beschlossen:

- **Errichtung einer 4-gruppigen Kinderkrippe an der Carl-Wery-Straße 54a**
(16. Stadtbezirk – Ramersdorf-Perlach) – Ermächtigung zur Planung
- **„Haushaltsbeschluss ernst nehmen“: Keine Beschneidung der Rechte des KJHA**
(Anträge der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München vom 21.01.2016 und 22.06.2017)
- **Weiterentwicklung der Hilfen nach §13 Abs. 3 SGB VI**

Zusammengestellt von Franz Schnitzlbaumer, KJR

FEST DER KULTUREN

Am Sonntag, den 23.06.2019 bietet das Fest der Kulturen des Migrationsbeirates von 11 bis 21:30 Uhr ein umfangreiches Kinder- und Bühnenprogramm. Der Veranstaltungsort ist der Westpark. Die Schirmherrschaft hat OB Dieter Reiter übernommen. Die Gäste erwartet eine breite Auswahl an internationalen Speisen. In den Zelten gibt es Informationsstände von Vereinen, Organisationen und Institutionen. Im Anschluss wird der Film „Almanya“ im KINO, MOND & STERNE bei freiem Eintritt präsentiert.

Weitere Infos www.muenchen.de

JUGENDFILMWETTBEWERB – „DEINBLICK IN DIE NATUR 2019“

Zum 9. Mal findet der Jugendfilmwettbewerb „Deinblick in die Natur“ statt. Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren können an dem Wettbewerb teilnehmen. In einem Kurzfilm von maximal 5 min. soll die Natur genauer unter die Lupe genommen werden. Ein mögliches Thema ist Plastikmüll. Es gibt tolle Preise zu gewinnen. Einsendeschluss ist der 21. Oktober 2019.

Weitere Infos www.deinblicknatur.de

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Seminar: „**Pornografiekonsum Jugendlicher**“
Wann: 27.06.2019, 10:00 - 17:00 Uhr
Wo: Seminarraum der Aktion Jugendschutz Bayern e.V., Dom-Pedro-Straße 17,
München-Neuhausen
Kosten: 50 €
Infos und Anmeldung: www.bayern.jugendschutz.de

Was: Workshop **Kinder erforschen ihren Stadtteil – Kinderstadtteilpläne real und digital**
Wann: 12.07.2019, 09:30 - 17:00 Uhr
Wo: Spielhaus am Westkreuz, Aubinger Straße 57, München-Westkreuz
Kosten: 40 €
Infos und Anmeldung: www.spiellandschaft.de

VERANSTALTUNGSPLANUNG 2019/2020

Infos i.d.R. 4 Wochen vor der Veranstaltung auf der angegebenen Homepage

Wann	Was	Wer	Infos/Anmeldung
14.-15. November 2019	Kongress # Alltagsbildung – da geht noch was! Gelingendes Auf- wachsen in Mün- chen und unser Beitrag zu anderen Seiten der Bildung	Fachkräfte, Verwaltung und Politik	Münchner Trichter e. V. Carolin Auner auner@muenchner-trichter.de
27.01.2020	Jugend im öffentli- chen Raum	Versch. Kooperationspartner	

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 09.07.2019

- Bericht vom KJHA vom 02.07.2019

IMPRESSUM

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Dr. Manuela Sauer, KJR München-Stadt, Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Heike Bloom, Fachforum Freizeitstätten

Verantwortlich für die Inhalte:

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.